

## **R E G E L U N G**

### **für Ausnahmen bei konfessionsverschiedenen Ehen von Ordinierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im BEFG**

Es entspricht der Identität und der Tradition in den Gemeinden des BEFG, dass beide Partner in einer Ehe von Ordinierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundes die gleiche Konfessionszugehörigkeit haben, d.h. beide Ehepartner sind Mitglieder einer Gemeinde des Bundes. Die in der gleichen Gemeinde gelebte Partnerschaft, die Gemeinsamkeit in Dienst und Ehe, in Leben und Glauben sind für den Dienst einer Ordinierten Mitarbeiterin/eines Ordinierten Mitarbeiters ein hohes Gut und vorbildlich für die Mitglieder der Gemeinde.

Die konfessions-identische Ehe bei Ordinierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt als Regelfall. In begründbaren Fällen werden Ausnahmen zugelassen, um persönlich geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern die Ausübung eines Dienstes in unserer Bundesgemeinschaft zu ermöglichen.

**In Ergänzung zu den Ordnungen für Pastorinnen und Pastoren, für Diakoninnen und Diakone sowie für Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten nennt daher das Präsidium des Bundes folgende Voraussetzungen und Verfahrensweise für die Ausnahmen:**

1. Die Ehepartnerin/Der Ehepartner aus einer anderen Konfession bekennt sich zu Christus und ist Mitglied einer Kirche, die zur Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF), zur Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) oder zu einer anderen bekenntnisverwandten Glaubensgemeinschaft gehört.
2. Sie/Er nimmt die Berufung seines Ehepartners/seiner Ehepartnerin zum Dienst als Ordinierte Mitarbeiterin/Ordinierter Mitarbeiter an und unterstützt seine/ihre Arbeit in den Dienstbereichen des BEFG.
3. Sie/Er respektiert die Glaubenstaufe und stimmt zu, dass gemeinsame Kinder erst auf Grund ihrer eigenen Glaubensentscheidung getauft werden.
4. Von den betreffenden Bewerberinnen und Bewerbern wird erwartet, dass sie ihre beabsichtigte Eheschließung im Vorwege der Bundesgeschäftsführung mitteilen; dies gilt auch für Studierende, die sich auf einen zukünftigen Dienst im Bund vorbereiten.
5. Die Bundesgeschäftsführung lädt das Paar zu einem Gespräch ein. An dem Gespräch nehmen in der Regel zwei Mitglieder der Bundesgeschäftsführung teil.  
Bei einem Pastor/einer Pastorin des Bundes wird ein Vertreter/eine Vertreterin des Vertrauensrates der Pastorenschaft, bei einer Diakonin/einem Diakon ein Mitglied der Konventleitung und bei einer Pastoralreferentin/einem Pastoralreferenten ein Mitglied der Geschäftsführung der AGB hinzugezogen.

Ein Vertreter des Berufungsrates oder des Vermittlungsausschusses kann hinzugezogen werden, ebenso bei einem/einer Studierenden ein Mitglied des Kollegiums der Ausbildungsstätte.

6. Das Gespräch dient dem gegenseitigen persönlichen Kennenlernen und der Erörterung von Besonderheiten einer konfessionsverschiedenen Ehe in der Ausübung des Dienstes. Dabei sollen die Ausnahmevoraussetzungen, die Anforderungen und Belastungen des Dienstes und mögliche Schwierigkeiten bei der Dienstvermittlung offen angesprochen werden. Das Gespräch zielt darauf, Hilfe für die persönliche Situation und für die Wahrnehmung des Berufungsauftrages zu leisten.
7. Inhalt und Ergebnis des Gespräches werden zusammenfassend schriftlich festgehalten und von allen Beteiligten unterzeichnet. Aufgrund dieses Ergebnisses entscheidet die Bundesgeschäftsführung und/oder das Präsidium des Bundes gemäß den Ordnungen für Ordinierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundes.
8. Die Bundesgeschäftsführung informiert den jetzigen bzw. zukünftigen Dienstgeber der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters sowie den Berufungsrat bzw. Vermittlungsausschuss über den Sachverhalt und die Entscheidung.

Diese Regelung wurde vom Präsidium des Bundes am 10. November 2005 in Dorfweil beschlossen und am 15. Mai 2007 in Kassel bezüglich der Geltung geändert.